



An das

Datum: 6. Januar 2011

JUSTIZMISTERIUM

Str. Apolodor nr. 17, sector 5
Bukarest

RUMÄNIEN

An seine Exzellenz,
den Justizminister Rumäniens,
HERNN DR. CĂTĂLIN MARIAN PREDOIU

Appell zur Einhaltung der Menschenrechte und zur Restitution des konfiszierten Eigentums in Rumänien

Wir, die Unterzeichnenden, sind vorwiegend deutsche Staatsbürger unterschiedlicher Nationalität, deren Herkunftsland Rumänien ist.

Als Betroffene der Zwangsentziehung von Immobilien und Grundstücken die in der Zeitspanne 6. März 1945 – 22. Dezember 1989 vom rumänischen kommunistischen Staat willkürlich übernommen wurden, wenden wir uns an Sie anlässlich der öffentlichen Auseinandersetzung zum Entwurf des Gremiums für neue Restitutionsgesetzgebung, das für die optimale Lösung eines funktionierenden Restitutionsmechanismus und für die Entschädigung des willkürlich übernommenen Eigentums durch den rumänischen Staat, eintritt.

Bezug nehmend auf die öffentliche Auseinandersetzung formulieren wir unsere Überzeugung, dass Rumänien nur durch die Verurteilung seiner kommunistischen Vergangenheit, welche eine intellektuelle moralische, politische und soziale Pflicht ist, eine demokratische Zukunft haben kann. Nur durch die Gründung eines Rechtsstaates der ohne Vorbehalt die Pflicht als Mitglied der Europäischen Union respektiert, können die Europäischen Werte, zu denen unvermeidlich auch der Schutz des Eigentums gehört berücksichtigt und geachtet werden.

Aus diesem Grunde wenden wir uns an das Gremium für neue Restitutionsgesetzgebung, und ersuchen dieses im Restitutionsmechanismus keine Tatsachen zu schaffen, die endgültig und unwiderruflich sind und eine Rückgabe des Eigentums an die ursprünglichen Eigentümer verhindern.

Das postkommunistische Rumänien hat durch die Gesetze 112/1995 und 1/2009 einen solchen menschenrechtswidrigen Tatbestand geschaffen. Diese Gesetze sind für viele Antragsteller, ehemalige rumänische Staatsbürger, de facto Konfiskationsgesetze, eine Falle, die das Einfordern ihrer Rechte unmöglich macht und Restititionen vereitelt.

Als das Gesetz 10/2001 in Kraft trat, hat es bei vielen Vertrauen in die guten Absichten der rumänischen Justiz – nach 1989 – ausgelöst. Dieses Vertrauen wurde jedoch bei den ausländischen Antragstellern enttäuscht, da die im Gesetz geforderten Einreichtermine von ihnen nicht wahrgenommen werden konnten. Das Gesetz 247/2005, das nur rumänischen Staatsbürgern das Recht auf Rückerstattung von landwirtschaftlichen Flächen und Wäldern gestattet, ist für diejenigen welche die rumänische Staatsbürgerschaft nicht mehr besitzen, zutiefst diskriminierend.





 **Rumänien muss beweisen, dass es kein Land ist, in dem nur das Recht Einzelner respektiert wird!**

Aus diesem Grunde fordern wir:

- Rechtssicherheit für alle Opfer der Konfiskation durch entsprechende Gesetze.
- Aufhebung der Fristen bei Restitutionsanträgen.
- Kurzfristige Bearbeitung der Restitutionsanträge.
- Abschaffung der Diskriminierung bei nicht vorhandener rumänischer Staatsbürgerschaft.
- Abschaffung ungerechtfertigter Ablehnung bei gesetzlichen Erben.
- Wir fordern, dass die Rückgabe in natura Vorrang hat, nachdem aus Europäischer Sicht der Verkauf fremden Eigentums unzulässig und beispiellos ist. Der Staat hatte für die konfiszierten Immobilien keinen legalen Titel.
- Verteidigung der Menschenrechte und Grundfreiheiten, die in der Europäischen Menschenrechtskonvention enthalten und im Lissabonner Vertrag implizit sind.

	Name	Vorname	Geburtsdatum	Straße, PLZ, Ort	Unterschrift
1					
2					
3					
4					
5					
6					
7					
8					
9					
10					

**Unterschreiben Sie bitte
 nur die rumänische Originalversion
 dieses Appells!**